

SITZUNGSVORLAGE Nr. 22-V-01-0030

(JJ - V - Amt - Nr.)

Betreff Vorabfreigabe von Mitteln des Dezernates I für das 1. Halbjahr 2023

Dezernat/e					
Bericht zum Beschluss		N	lr. vom		
		040			
Erforderliche Stellungnahmen					
☐ Amt für Innovation, Organisation und Digitalisier	Rechtsamt				
⊠ Kämmerei	☐ Umweltamt: Umweltprüfung				
☐ Frauenbeauftragte nach HGIG	☐ Straßenverkehrsbehörde				
☐ Frauenbeauftragte nach HGO					
Sonstiges					
Daniel Control			DI N		
Beratungsfolge	_	(wird von Amt 16 ausgef		_	
Kommission	•	nicht erforderlich	erforderlich	0	
Ausländerbeirat	•	nicht erforderlich	erforderlich	0	
Kulturbeirat	•	nicht erforderlich	erforderlich	0	
Ortsbeirat	•	nicht erforderlich	erforderlich	0	
Seniorenbeirat	\odot	nicht erforderlich	erforderlich	O	
Magistrat Eingangsstempel Büro d. Magistrats 11. Nov. 2022	0	Tagesordnung A	Tagesordnung B	0	
		Umdruck nur für Mag			
Stadtverordnetenversammlung	0	nicht erforderlich	erforderlich	•	
	O	öffentlich	nicht öffentlich	O	
		wird im Internet / PIW	/i veröffentlicht		
Anlagen öffentlich	Anl	lagen nichtöffentlich			
Liste Vorabfreigabe Mittel Dez. I					

finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen) I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat HMS-Ampel					Prognose Zuschussbedarf abs.:		
Inve	stitionsco	ntrolling nanziel] Investiti	n der Sitzungsvorlag		abs.: in %:	fügte Ausgaben (Ist)
				Gesamt-	davon	Finanzierung	Kontierung
Тур	Jahr		Bezeichnung	kosten	APL/ÜPL	(Sperre, Ertrag)	(Objekt und Konto)
	me einmalige me Folgekos						
Bei	Bedarf Hi	nweise	Erläuterung (ma	ax. 1.500 Zeichen)			

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln des 1. Halbjahres 2023 durch die Stadtverordnetenversammlung, die in der vorläufigen Haushaltsführung ansonsten nicht ausgezahlt oder beauftragt werden dürften .

C Beschlussvorschlag

- Die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten Mittel des Dezernates I werden nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den Haushalt 2023 und vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2023 durch die Aufsichtsbehörde freigegeben.
- Von den Mitteln der Ortsbeiräte werden 50 % des jeweiligen Planansatzes 2023 nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den Haushalt 2023 und vorab der Genehmigung des Haushaltsplanes 2023 durch die Aufsichtsbehörde freigegeben.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Bis zur Genehmigung des Haushaltsplans durch das Hessische Ministerium des Innern als Aufsichtsbehörde gelten ab dem 01.01.2023 die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung.

Durch die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über alle Maßnahmen, die über die Ermächtigung der vorläufigen Haushaltsführung hinaus Mittel bindet oder Kosten bewirkt.

Die beantragten Mittelfreigaben werden für Veranstaltungen und Projekte benötigt, die im 1.Halbjahr 2023 durchgeführt bzw. organisiert und beauftragt werden müssen. Im Bereich der Feuerwehr müssen im 1. Halbjahr 2023 wichtige Ausschreibungen für die Beschaffung von Fahrzeugen/Drehleitern erfolgen, die lange Lieferzeiten haben. Eine Freigabe der Verpflichtungsermächtigungen ist daher zwingend notwendig. Auch für Projekte des Stadtplanungsamtes ist eine Freigabe für die Vergabeverfahren mit langen Ausschreibungsfristen im 1. Quartal erforderlich.

Die Ortsbeiräte unterstützen mit ihren Mitteln u. a. viele kleine Vereine, Institutionen, Initiativen und Einrichtungen in ihrem Ortsbezirk mit Zuschüssen, die rechtzeitig ausgezahlt werden müssen. Der Planansatz 2023 beträgt für alle Ortsbeiräte insgesamt 810.420 €. Es wird vorgeschlagen, hiervon 50 % (405.210 €) freizugeben.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, M. November 2022

Mende

Oberbürgermeister